



# Das bringt einen in eine ganz isolierte Situation

**Jüdische Perspektiven  
auf Antisemitismus  
in Deutschland 2017–2020**



# Inhalt

<b>Vorwort</b>	4
<b>I Einleitung</b>	8
<b>II Extreme antisemitische Gewalt und der Terroranschlag von Halle</b>	18
<b>III Antisemitismus im Wohnumfeld von Betroffenen</b>	26
<b>IV Israelbezogener Antisemitismus</b>	34
<b>V Politisch-Weltanschauliche Hintergründe</b>	46
<b>VI Individuelle Umgangsweisen</b>	58
<b>VII Anzeigeverhalten</b>	72
<b>VIII Fazit</b>	84
<b>Impressum</b>	91

# Vorwort

## **von Benjamin Steinitz**

Geschäftsführer des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.

Mit der vorliegenden Publikation liegt nun eine Analyse der über 150 Interviews vor, die in den vergangenen Jahren geführt wurden. Sie geben einen wichtigen Einblick in den Antisemitismus in Deutschland heute – und wie er von Jüdinnen\_Juden wahrgenommen wird.

Auch wenn Antisemitismus als anpassungsfähiger Welt-erklärungsansatz allgemein, insbesondere aber im postnationalsozialistischen Deutschland auch ohne ein konkretes jüdisches Gegenüber funktioniert, prägt er doch den Alltag von Jüdinnen\_Juden. Antisemitismus ist zwar eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft als Ganzes, Jüdinnen\_Juden sind aber ganz konkret von antisemitisch Handelnden bedroht. Letztere produzieren nicht nur kontinuierlich kollektivierende Zuschreibungen und konkrete Ausschlüsse, Antisemitismus legitimiert für sie bis in die Gegenwart hinein auch Gewalt und Mord an Jüdinnen\_Juden.

Aus der ständigen erzwungenen Auseinandersetzung mit den spezifischen antisemitischen Wirkmechanismen resultieren auch erfahrungsbasierte Wahrnehmungen

von Antisemitismus, welche für die nicht-jüdische Bevölkerung meist völlig unbekannt bleiben.

Im Umkehrschluss müssen die Perspektiven von Jüdinnen\_Juden immer dann berücksichtigt und systematisch einbezogen werden, wenn versucht wird, das Ausmaß und die Wirkmächtigkeit des Antisemitismus zu bestimmen oder Strategien gegen Antisemitismus zu entwickeln und umzusetzen. Sie müssen darüber hinaus konkreter Ausgangspunkt für Nicht-Jüdinnen\_Juden sein, ihr eigenes praktisches Handeln im Alltag zu verändern – sei es in öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Mittagessen mit Kolleg\_innen, beim privaten Familienfest oder aber in der eingeübten Praxis wissenschaftlicher Tätigkeit und den Routinen der Strafverfolgung. In all diesen Situationen und Kontexten würde eine Haltung, die für die Perspektiven Betroffener sensibel ist, das Erleben und Verarbeiten antisemitischer Erfahrungen durch Betroffene unmittelbar positiv verändern.

Der Ausgangspunkt für die Arbeit der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), der bundesweit ersten zivilgesellschaftlichen Meldestelle für antisemitischen Vorfälle, war eine Befragung von Vertreter\_innen Berliner Synagogengemeinden und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Für die Interviewpartner\_innen war es mitunter das erste Mal, dass

sie gezielt als Vertreter\_innen der jüdischen Communities zu ihren Wahrnehmungen von Antisemitismus und ihren konkreten Bedürfnissen zur Verbesserung der damaligen Situation befragt wurden. Ihre Bereitschaft, ihre Erfahrungswelten in einem geschützten Raum zu teilen, war die notwendige Voraussetzung, um die Arbeitsweisen des Projekts RIAS Berlin und später des Bundesverbands RIAS als eigenständigen zielgruppenspezifischen, betroffenenorientierten Ansatz erfolgreich zu etablieren.

Die vorliegende Analyse von über 150 Interviews mit Vertreter\_innen jüdischer Gemeinschaften aus neuen und alten Bundesländern, aus Großstädten und ländlichen Regionen, aus Gemeinden mit mehreren 1.000 oder weniger als 100 Mitgliedern, aus mehrheitlich russischsprachigen, orthodoxen oder aus liberalen Gemeinden ist ein weiterer wichtiger Baustein unserer Bemühungen die Perspektiven von Betroffenen für ein breites Publikum systematisch zugänglich zu machen. Für die Kooperationsbereitschaft der jüdischen Gemeinden und Organisationen und die Offenheit der Interviewten möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

# Einleitung

Am 9. Oktober 2019 ermordete ein rechtsextremer Attentäter zwei Menschen bei einem Anschlag auf eine Synagoge in Halle. Zahlreiche Jüdinnen\_Juden befanden sich zum Tatzeitpunkt in der Synagoge, um dort Jom Kippur, den höchsten jüdischen Feiertag, zu feiern. Sie überlebten den Anschlag nur, weil es dem Täter nicht gelang in das Gebäude einzudringen. Trotz der einhelligen Erschütterung über den Terroranschlag wurden im Nachhinein doch grundsätzlich unterschiedliche Wahrnehmungen des Problems Antisemitismus in Deutschland sichtbar: Politiker\_innen bezeichneten die Tat in den folgenden Tagen als „Alarmzeichen“ sowie als „unvorstellbar“.<sup>1</sup> Für viele Jüdinnen\_Juden war solch ein Anschlag jedoch keineswegs unvorstellbar, sondern sehr wohl ein denkbares und gefürchtetes Szenario. Der Anschlag mit zwei Toten war auch kein „Alarmsignal“, sondern bereits der Ernstfall. Zudem erinnerte er an vergangene antisemitische Gewalttaten. Diese unterschiedlichen Bewertungen verweisen auf eine Diskrepanz in der Wahrnehmung

---

<sup>1</sup> Das erste Zitat geht auf die frühere Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zurück (Kramp-Karrenbauer sorgt mit Formulierung für Kritik, in Spiegel (online) vom 10.10.2019, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/halle-anschlag-annegret-kramp-karrenbauer-sorgt-mit-formulierung-fuer-kritik-a-1290942.html>, abgerufen am 5.8.2022), das zweite auf Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (Konrad Litschko, Bestürzung nach den Schüssen, in: die tageszeitung vom 10.10.2019, <https://taz.de/Rechtsextremer-Anschlag-in-Halle/!5632505/>, abgerufen am 29.10.21).

von Antisemitismus durch Jüdinnen\_Juden auf der einen Seite und die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft auf der anderen Seite. Um diese sichtbar zu machen, hat der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. seit 2017 in verschiedenen Bundesländern Befragungen jüdischer Akteur\_innen durchgeführt und diese unter anderem nach ihrer Wahrnehmung von Antisemitismus gefragt. In der vorliegenden Publikation werden diese Interviews erstmals zusammenfassend analysiert. Die Perspektive von Betroffenen wurde in Deutschland sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch im öffentlichen Diskurs über Antisemitismus jahrelang zu wenig berücksichtigt. Bereits 2017 sprach der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages (UEA) von einer „Perspektiven-divergenz“<sup>2</sup>: Demnach schätze die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft das Ausmaß und die Gestalt von Antisemitismus ganz anders ein als Jüdinnen\_Juden. Die Mehrheitsgesellschaft halte Antisemitismus für deutlich weniger verbreitet und für weniger bedrohlich. Dies spiegelt sich auch in öffentlichen Debatten wider, deren Gegenstand häufig nicht antisemitische Aussagen oder Handlungen als solche sind, sondern der

---

2 Bundesministerium des Innern / Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf> (Zugriff am 22. 4. 2020), S. 93.

sogenannte Antisemitismusvorwurf – also die Frage, ob es sich überhaupt um Antisemitismus handelt. In der Folge werden vielfach nicht die antisemitischen Aussagen oder Handlungen thematisiert und skandalisiert, sondern vorrangig der Umstand, dass diese als antisemitisch kritisiert werden. Aus der Perspektive von Jüdinnen\_Juden geht es jedoch nicht darum, Vorwürfe zu erheben. Vielmehr geht es darum, Angriffe auf die eigene physische Unversehrtheit, die eigene Sicherheit sowie auf die vielfältigen jüdischen Identitäten abzuwehren. Der UEA kommt in seinem Bericht zu dem Schluss: „Vieles an dem Erleben von Antisemitismus bleibt für die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft unsichtbar.“<sup>3</sup>

Um dieser Sichtweise gerecht zu werden und der beschriebenen Perspektivendivergenz entgegenzuwirken, erfassen die regionalen RIAS-Meldestellen antisemitische Vorfälle explizit aus der Perspektive von Betroffenen. Die erfassten Vorfälle kommunizieren die Meldestellen regelmäßig öffentlich. Um die Arbeit zivilgesellschaftlicher Meldestellen konkret an den Bedarfen und Wahrnehmungen jüdischer Communities in Deutschland ausrichten zu können, wurden kontinuierlich Befragungen mit jüdischen Akteur\_innen durchgeführt und die Ergebnisse (meist) in Form sogenannter

---

3 Ebenda.

Problembeschreibungen für einzelne Bundesländer veröffentlicht.<sup>4</sup> Insgesamt wurden dabei zwischen 2017 und 2020 in Bayern, Hessen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg 165 Interviews durchgeführt.<sup>5</sup>

Tabelle 1

### Interviews nach Jahr und Bundesland

Jahr	Bundesland	Anzahl der Interviews
2017	Hessen	20
2017	Bayern	20
2018	Brandenburg	12
2019	Sachsen-Anhalt	12
2019	Nordrhein-Westfalen	59
2019	Sachsen	23
2019	Baden-Württemberg	20

4 RIAS BK, Problembeschreibung: Antisemitismus in Hessen 2014–2016, unveröffentlicht. Alle weiteren Problembeschreibungen finden sich unter [www.report-antisemitism.de/findings](http://www.report-antisemitism.de/findings) (08.11.2021); Bundesverband RIAS, Problembeschreibung: VDK/ RIAS BK, Problembeschreibung: Antisemitismus in Bayern 2014 – 2016; VDK/ Bundesverband RIAS, Problembeschreibung: Antisemitismus in Brandenburg, Berlin 2019; Bundesverband RIAS, Problembeschreibung: Antisemitismus in Sachsen-Anhalt, Berlin 2020; SABRA / Bagrut / Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Problembeschreibung: Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2020; Bundesverband RIAS, Problembeschreibung: Antisemitismus in Sachsen; Berlin 2021; Bundesverband RIAS, Problembeschreibung: Antisemitismus in Baden-Württemberg, Berlin 2021.

5 In Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg gaben die jeweiligen Antisemitismusbeauftragten der Länder die Studien in Auftrag. In Nordrhein-Westfalen führten die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA) gemeinsam mit Bagrut – Verein zur Förderung demokratischen Bewusstseins e.V. und der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. die Studie durch. Die Konzeption und Durchführung der Problembeschreibung zum Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen erfolgte jedoch auch hier in Kooperation mit dem Bundesverband RIAS und wurde von ihm intensiv fachlich begleitet. Problembeschreibungen zu weiteren Bundesländern sind derzeit in Vorbereitung.

Die Fragestellung bei den problemzentrierten, leitfadengestützten Interviews lautete: Wie wird Antisemitismus im jeweiligen Bundesland von den Befragten erlebt und wahrgenommen? Welche individuellen und institutionellen Strategien und Umgangsweisen mit Antisemitismus gibt es? Welchen Handlungs- und Unterstützungsbedarf sehen die Interviewten diesbezüglich? In den Interviews wurden jeweils auch eventuelle regionale Spezifika berücksichtigt.

Bei den Befragten handelte es sich vorrangig um jüdische Akteur\_innen, die in jüdischen Gemeinden oder anderen jüdischen Institutionen aktiv sind. Vereinzelt wurden auch Jüdinnen\_Juden befragt, die keinerlei Anbindung an jüdische Institutionen haben. Insgesamt führte der Bundesverband RIAS zudem sieben Interviews mit Vertreter\_innen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die zum Thema Antisemitismus arbeiten, sowie mit Mitarbeiter\_innen von NS-Gedenkstätten. Die Interviews wurden anschließend in einem mehrstufigen Verfahren mithilfe des Analyseprogramms MAXQDA kodiert und in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert.<sup>6</sup>

---

6 Zur Methodik siehe beispielhaft die Problembeschreibung-Baden-Württemberg, S. 21.

Für das Verständnis der in den Interviews vorgenommenen Einschätzungen und geteilten Wahrnehmungen ist der jeweilige Zeitpunkt relevant, zu dem die Befragung stattfand. Die Situationen in Bezug auf Antisemitismus waren zum Teil sehr unterschiedlich. Dies verdeutlicht insbesondere der Anschlag in Halle, der in der Wahrnehmung der Betroffenen gewissermaßen eine Zäsur darstellt: Nach Jom Kippur 2019 bezogen sich Befragte zentral auf dieses Ereignis. Der Anschlag fand während der laufenden Befragung in Baden-Württemberg statt. In Sachsen-Anhalt wurde eine schriftliche Nachbefragung zum Umgang mit dem Anschlag sowie zu den Veränderungen seitdem durchgeführt (vgl. Abschnitt II).

Die vorliegende Publikation legt den Fokus auf sechs ausgewählte Aspekte, die für die von Antisemitismus Betroffenen besonders relevant sind oder die in der öffentlichen Debatte in Deutschland eine große Rolle spielen. Die behandelten Aspekte betreffen häufig eine der zentralen Kategorien bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle durch Meldestellen, die nach den Kriterien des Bundesverbands RIAS arbeiten.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Der Bundesverband RIAS und regionale RIAS-Meldestellen veröffentlichen regelmäßig im Zuge ihrer Publikationen einen „Begrifflichen Rahmen“, um eigene Arbeitsweisen so transparent wie möglich zu machen. Dieser Rahmen kann auch hilfreich sein, um die in der vorliegenden Analyse verwendeten Kategorien und Begriffe besser nachvollziehen zu können. Vgl. Bundesverband RIAS Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2020. [https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische\\_Vorfaelle\\_in\\_Deutschland\\_Jahresbericht\\_RIAS\\_Bund\\_2020.pdf](https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2020.pdf), S. 9 (11.11.2021).

Abschnitt II geht zunächst auf eine bestimmte Art von antisemitischen Vorfällen ein: Es geht um Fälle extremer Gewalt und insbesondere um den rechtsextremen Terroranschlag in Halle. Derartige Taten nehmen Befragte sehr stark wahr, wie bereits angedeutet zeigt sich aber selbst hier eine Perspektivendivergenz zur nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft. Im Anschluss daran behandelt Abschnitt III einen spezifischen Tatort antisemitischer Vorfälle: Viele Befragte schildern Situationen, bei denen sie in ihrem Wohnumfeld mit Antisemitismus konfrontiert werden. In Abschnitt IV wird eine der unterschiedlichen inhaltlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus näher in den Blick genommen: der israelbezogene Antisemitismus. Dieser ist häufig Gegenstand öffentlicher Debatten, bei denen die Perspektiven jüdischer Betroffener von Antisemitismus regelmäßig nur eine untergeordnete Rolle spielen Auch Abschnitt V greift einen Aspekt auf, um den sich immer wieder Diskussionen kreisen: Es geht um die politisch-weltanschaulichen Hintergründe antisemitischer Akteur\_innen. Der Abschnitt beschreibt, wie die Befragten Antisemitismus aus einem rechtsextremen sowie aus einem islamischen bzw. islamistischen Spektrum wahrnehmen. Diese sogenannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe wurden deshalb für die Analyse ausgewählt, da viele Befragte

ihnen allgemein eine besondere Bedeutung in Bezug auf gegenwärtigen Antisemitismus beimessen. Die nächsten beiden Abschnitte lenken den Blick auf das Agieren der befragten Jüdinnen\_Juden sowie ihres Umfeldes: Jüdinnen\_Juden erleiden Antisemitismus nicht einfach passiv. Vielmehr sind sie dazu gezwungen Umgangsweisen und Strategien im Umgang mit diesem zu entwickeln. Abschnitt VI stellt die diesbezüglichen Umgangsweisen der Befragten im Allgemeinen dar. Abschnitt VII beschreibt das geschilderte Verhalten der Befragten in Bezug auf polizeiliche Anzeigen antisemitischer Vorfälle. Es folgt in Abschnitt VIII ein kurzes Fazit.<sup>8</sup>

---

8 Der Bundesverband RIAS arbeitet derzeit an einer separaten Auswertung der in den Interviews geschilderten Erfahrungen mit der Justiz.



**Extreme  
antisemitische  
Gewalt und  
der Terroranschlag  
von Halle**

Jedes Jahr kommt es in Deutschland zu mitunter schweren antisemitischen Gewalttaten. Als Fälle extremer Gewalt kategorisiert der Bundesverband RIAS antisemitische physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder Körperverletzungen mit langwierigen Folgen für die Betroffenen. Auch wenn antisemitische Gewalt in der öffentlichen Debatte meist deutlich und einhellig verurteilt wird, fand sie vor dem rechtsextremen Terroranschlag in Halle und Wiedersdorf doch nur selten Einzug ins kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik. Debatten über Antisemitismus werden vielfach so geführt, als sei antisemitische Gewalt nach Auschwitz nur noch eine Randerscheinung.

Die Interviews zeigen, dass Vorfälle extremer Gewalt jedoch für die Befragten durchaus eine Rolle spielen: In mehreren Bundesländern schildern Befragte etwa Messerattacken oder Brandanschläge auf jüdische Einrichtungen und Synagogen. Dabei beziehen sich teilweise mehrere Interviews auf denselben Vorfall. Das zeigt, dass derlei Gewalttaten in den jeweiligen jüdischen Communities auch dann wahrgenommen werden, wenn Personen nicht unmittelbar und konkret

von ihnen betroffen sind. Sie haben damit auch weitergehende Auswirkungen, beispielsweise auf das Sicherheitsempfinden von Jüdinnen\_Juden.

Bei den in Nordrhein-Westfalen geführten Interviews betrifft dies beispielsweise den Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge im Jahr 2014. Bei den damals festgenommenen Tätern konnte ein Gericht kein antisemitisches Motiv erkennen, was vielfach als Skandal empfunden wurde. Auch der Anschlag in Halle kam bei den nachfolgend geführten Interviews, immer wieder zur Sprache. Eine befragte Person aus Baden-Württemberg schildert ihre Gedanken über ihre Arbeit für eine jüdische Gemeinde bzw. Institution folgendermaßen:

**„Ich habe auch nach dem Attentat in Halle eine Mitarbeiter-Versammlung gemacht. Und da war schon eine Mutter [...], die berichtet hat, dass ihr Sohn am Abend geweint hat und Angst gehabt hat, dass seine Mama bei uns [...] arbeitet. Das war auch der Sinn dieser Mitarbeiter-Versammlung, dass ich eben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen lassen wollte, wie es ihnen jetzt geht und wie stark die Angst ist. Das hat mich auch sehr betroffen gemacht, wie sie das erzählt hat. Also es gibt schon mehr Ängste, denke ich, als zuvor.“<sup>9</sup>**

---

9 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S.22.

Bei einer anderen interviewten Person aus Baden-Württemberg rief die Tat in Halle Erinnerungen an vorherige Anschläge auf jüdische Einrichtungen hervor:

**„Und mich hat das irgendwie dran erinnert, wie ich mit meinen Kindern, wie ich [...] jedes Mal mir überlegt habe, gehe ich jetzt zur Arbeit [in einer jüdischen Einrichtung], kann ich das verantworten oder nicht. Und dieses Gefühl kann ich mir gut vorstellen, wenn man Kinder hat und hier arbeitet und sich fragt, kann mir was passieren?“<sup>10</sup>**

Beide Zitate verdeutlichen, dass antisemitische Gewalttaten sich auf Jüdinnen\_Juden auswirken, selbst wenn diese nicht unmittelbar von ihnen betroffen sind. Derartige Ereignisse führen zu Verunsicherung, bestärken aber auch das Gefühl, von der Mehrheitsgesellschaft mit dem Problem alleine gelassen zu werden. Ein\_e Interviewte\_r beschreibt die Auswirkungen des Anschlags in Halle so:

**„Also da habe ich auch gemerkt, dass nach Halle doch viele Angst hatten und erst mal nicht in die Gottesdienste oder in die Gemeinde kommen.“<sup>11</sup>**

---

10 Ebd., S.23.

11 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 39.

Bereits vor dem Anschlag in Halle rechneten zumindest einige Befragte mit extremer antisemitischer Gewalt und waren gezwungen sich mit diesem Szenario auseinanderzusetzen – anders als große Teile der Mehrheitsgesellschaft. Die entsprechenden Schilderungen widersprechen diametral der eingangs zitierten Aussage, Halle sei „unvorstellbar“ gewesen. Beispielsweise beschreiben Befragte aus Baden-Württemberg bereits vorher Bedrohungsszenarien, die dem Anschlag an Jom Kippur 2019 stark ähneln. Auf die Frage, ob sie sich an eine Situation erinnern könne, in der sie sich Unterstützung oder Beratung beim Umgang mit Antisemitismus gewünscht hätte, antwortet eine Person:

**„Ja, die gibt es. Zum Beispiel, was passiert, wenn es einen Vorfall gibt, einen terroristischen Angriff auf unsere Synagoge. Was machen wir, was mache ich [...]? Es kommt jemand und schmeißt eine Handgranate und es sterben Leute, oder es kommt jemand mit einer Waffe?“<sup>12</sup>**

Ganz ähnlich äußert sich eine befragte Person aus Sachsen-Anhalt:

---

12 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S.23.

**„Ich weiß, dass bei uns überall diese Kameras stehen. Und man kann nicht so einfach reinkommen. Und es gibt Gründe dafür, warum das so ist. Man hat in der ganzen Welt schon die Erfahrung gemacht, dass es immer wieder verrückte Menschen gibt, die einfach so reinkommen und jüdische Menschen erschießen oder so etwas.“<sup>13</sup>**

Diese Schilderungen von – aus damaliger Sicht – hypothetischen Fällen zeigen, wie stark die erwähnte Perspektivendivergenz selbst bezogen auf schwere antisemitische Straftaten ist. Anders als die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft rechneten Jüdinnen\_Juden in Deutschland durchaus schon vor dem Anschlag in Halle mit solchen Taten. Diese unterschiedliche Einschätzung des Risikos schwerer antisemitischer Gewalttaten führt dazu, dass viele der befragten Jüdinnen\_Juden sich mit ihrem Bedürfnis nach Sicherheit von der Mehrheitsgesellschaft alleingelassen fühlen. Dieses Gefühl hat sich trotz zahlreicher Solidaritätsbekundungen unter anderem von Politiker\_innen auch nach dem Terroranschlag in Halle nicht verändert. Dies unterstreicht das folgende Zitat aus einem Interview, das einige Wochen nach dem Anschlag geführt wurde:

---

13 Unveröffentlichtes Transkript eines Interviews in Sachsen-Anhalt.

**„Dieser Anschlag hat natürlich was ausgelöst. Bei jüdischen Leuten noch mehr als bei anderen, weil [...] es triggert einfach. Das macht Angst, man überlegt, soll man jetzt doch gehen. Und dieses Schweigen der nicht-jüdischen Leute drum herum, die ja Freunde und Bekannte sind, das bringt einen in eine ganz isolierte Situation.“<sup>14</sup>**

Die hier geäußerten Überlegungen, angesichts der Angst vor weiteren antisemitischen Anschlägen „zu gehen“ – was vermutlich bedeutet, in ein anderes Land auszuwandern – stoßen im nicht-jüdischen Umfeld der befragten Person offenbar auf Unverständnis. Das Gefühl, mit existenziellen Sorgen nicht verstanden zu werden, potenziert sich so noch.

Der Fokus auf antisemitische Gewalttaten, der auch aus Sicht von Befragten wichtig ist, sollte jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass viele Befragte eher die negativen Auswirkungen vermeintlich weniger gravierender antisemitischer Vorfälle auf ihr Sicherheitsgefühl und ihr Wohlbefinden betonen, oder, wie es eine interviewte Person formuliert:

---

14 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 23.

**„Es muss nicht immer körperliche Gewalt sein, um ein Zuschüren der Kehle, der eigenen Kehle zu merken, und das gibt es zuhauf.“<sup>15</sup>**

Die Aussage macht deutlich, dass antisemitische Vorfälle auch ohne besonders massive Gewalt für Betroffene bedrohlich sein können. Als eine solche Bedrohung empfinden viele Befragte beispielsweise antisemitische Vorfälle in ihrem eigenen Wohnumfeld. Um diese geht es im folgenden Abschnitt.

---

15 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 25.

# **Antisemitismus im Wohnumfeld von Betroffenen**



Die Frage, an was für Orten sich antisemitische Vorfälle ereignen, ist aus Sicht der Befragten für Betroffene äußerst relevant, da sich aus ihr unterschiedliche mögliche Umgangsweisen ergeben. In einigen Bundesländern, etwa in Nordrhein-Westfalen oder Bayern, schildern viele Interviewte, dass entweder sie selbst oder ihnen bekannte Jüdinnen\_Juden bestimmte Stadtviertel oder ganze Regionen eines Bundeslandes meiden – aus Angst vor antisemitischen Vorfällen. Eine befragte Person aus Hessen berichtet in diesem Zusammenhang von einer Freizeit für jüdische Jugendliche:

**„Am Schabbat durften wir keine [...] Bahn benutzen und da sind wir zu Fuß gelaufen und wir haben [ein bestimmtes Stadtviertel] und so was alles vermieden. Also wir sind einen Bogen drum herumgelaufen zum Beispiel, ja. [...] Ich muss mir an den Kopf fassen, ich habe der Gruppe gesagt: ‚Es tut mir leid, dass ich das sage, aber [...] könnt ihr bitte eure Kippa ausziehen.‘ Was mir wirklich sehr peinlich war, ja? Aber wir waren**

**200 Jugendliche. Mir ging es dann um die allgemeine Sicherheit [...]. Das ist so, was mir so salopp einfällt, also dieser Umweg und auch diese Aufforderung, bitte die Kippa ausziehen, weil wir gehen [...] in ein Gebiet, in eine Nachbarschaft, die nicht so judenfreundlich ist.”<sup>16</sup>**

Interviewte aus Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Baden-Württemberg berichten hingegen kaum von einem bewussten Vermeiden bestimmter Stadtviertel.<sup>17</sup> Das kann jedoch auch bedeuten, dass diese Befragten in ihrer jeweiligen Region keine derartigen gefährlichen Gebiete identifizieren können.

Ereignen sich antisemitische Vorfälle im unmittelbaren Wohnumfeld von Betroffenen, ist eine derartige Meidung von gefährlich empfundenen Gebieten jedoch ohnehin nicht möglich. Einige Befragte erwähnen beispielhaft hierfür antisemitische Bemerkungen von Nachbar\_innen, Zuschriften an die eigene Privatadresse oder gezielte Sachbeschädigungen. Derartige Vorfälle wirken sich aus naheliegenden Gründen besonders negativ auf das Sicherheitsempfinden der

---

16 Problembeschreibung Hessen, S. 30.

17 Zu in den Interviews geschilderten Umgangsweisen vgl. Kapitel 6.

Betroffenen aus: Sie greifen unmittelbar in die Privatsphäre der Betroffenen ein. Orte wie das Treppenhaus vor der eigenen Wohnung lassen sich im Alltag nicht einfach vermeiden. Eine interviewte Person verdeutlicht diese verunsichernde Wirkung anhand einer Interaktion mit einem\_einer potenziellen Vermieter\_in: Als diese\_r erfuhr, dass die interviewte Person jüdisch ist, verweigert er\_sie ihr aus Angst vor antisemitisch motivierten Sachbeschädigungen das bereits angebahnte Mietverhältnis. Die Person beschreibt das so:

**„Man ist dann in einer ganz blöden Situation, man hat das Gefühl, man hat die Pest, ohne dass man irgendwas dagegen tun kann und man fühlt sich hilflos. Und am Schlimmsten ist eigentlich, dass die Leute natürlich sagen, sie haben nichts gegen Juden. Und wahrscheinlich stimmt das sogar, die haben wahrscheinlich wirklich gar nichts gegen Juden, sie möchten sie halt nur nicht im Haus haben, weil es Ärger geben könnte. Und das ist eine Form von Entsolidarisierung.“<sup>18</sup>**

---

18 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 46.

Die befragte Person wird in dieser Situation von ihrem nicht-jüdischen Gegenüber nicht nur mit der Erfahrung möglicher antisemitischer Gewalt alleingelassen, sondern für diese sogar noch verantwortlich gemacht. Anders als bei einer zufälligen Begegnung kennen die betroffene Person und der\_die potenzielle Vermieter\_in sich – die beschriebene Entsolidarisierung ist dadurch womöglich besonders verletzend. Antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld von Betroffenen sind dabei nur ein besonders deutliches Beispiel für eine Vielzahl von „alltäglichen trivialen Situationen“,<sup>19</sup> in denen Betroffene mit Antisemitismus konfrontiert sind. Weitere Beispiele stammen aus einem Interview mit Befragten aus einer bayerischen Kleinstadt:

- Ein Mitglied der örtlichen jüdischen Gemeinde wird von seinem muslimischen Nachbarn angesprochen: In einer örtlichen Koranschule sei dazu aufgerufen worden, Jüdinnen\_Juden zu töten. Der Nachbar hat daraufhin sein Kind von dieser Koranschule abgemeldet.
- Eine befragte deutsche Person, die keinerlei familiäre Bezüge nach Israel hat, wird von einer\_m befreundeten Kommiliton\_in gefragt, warum er\_sie als Israeli in Deutschland wählen dürfe.

---

19 Problembeschreibung Bayern, S. 27.

- Ein\_e Apotheker\_in fragt den Vater einer befragten Person, warum diese eine\_n Steuerberater\_in habe, wo Jüdinnen\_Juden doch keine Steuern zahlen müssten.
- In der Grundschulklasse des Kindes einer jüdischen Freundin ist „Du dicker Jude“ ein gebräuchliches Schimpfwort.
- Der Sohn einer interviewten Person wird auf dem Gymnasium regelmäßig von einer Lehrkraft als „Israel-Spezialist“ aufgerufen, obwohl er nie ein besonderes Interesse an dem Staat bekundet hat, noch niemals in Israel war und auch keine familiären Verbindungen dorthin besitzt.

Die Interviewten berichten zudem von weiteren antisemitischen Bedrohungen und Beleidigungen im beruflichen und privaten Rahmen: per E-Mail, Post sowie in persönlichen Gesprächen.<sup>20</sup> Insgesamt zeigen die Interviews aus allen Bundesländern, dass Jüdinnen\_Juden nicht nur im eigenen Wohnumfeld, sondern in einer Vielzahl alltäglicher Situationen mit Antisemitismus konfrontiert sind. Das stellt eine schwerwiegende Verletzung der persönlichen Sphäre der Betroffenen dar. Die Unmöglichkeit, einer Konfrontation mit Antisemitismus an diesen Orten oder Situationen auszuweichen, löst bei den Betroffenen ein Gefühl der

---

<sup>20</sup> Vgl. Problembeschreibung Bayern, S. 20f.

Bedrohung aus. Auch an diesem Punkt zeigt sich die eingangs beschriebene Perspektivendivergenz: In den öffentlichen Debatten über Antisemitismus wird häufig nahelegt, dieser sei ein eingrenzbare Phänomen, das sich auf bestimmte Situationen (wie etwa Demonstrationen) oder auf bestimmte Orte (etwa rechtsextrem geprägte Stadtviertel oder Regionen) reduzieren lasse. Die von den Befragten geschilderten antisemitischen Vorfälle im Wohnumfeld sowie in trivialen Alltagssituationen unterstreichen hingegen, dass sich Antisemitismus auch jenseits der genannten Situationen und Orte sowie unmittelbarer körperlicher Gewalt negativ auf die Betroffenen auswirkt und diese zum Teil stark verunsichert.

Wie Jüdinnen\_Juden antisemitische Äußerungen und Handlungen wahrnehmen, hängt neben der Art und dem Ort des jeweiligen Vorfalls auch von der konkreten inhaltlichen Form ab, in der sich Antisemitismus äußert. Um eine dieser sogenannten inhaltlichen Erscheinungsformen, den israelbezogenen Antisemitismus, geht es im Folgenden.



# Israelbezogener Antisemitismus



Der Bundesverband RIAS unterscheidet antisemitische Vorfälle bei deren Erfassung und Dokumentation nach ihrer jeweiligen inhaltlichen Ausprägung, der sogenannten Erscheinungsform.<sup>21</sup> Ein Beispiel sind antisemitische Stereotype, die historisch mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft entstanden sind und als „moderner Antisemitismus“ erfasst werden. Dazu gehören etwa Verschwörungsmythen, die Jüdinnen\_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zuschreiben. Auf ähnliche Weise werden antisemitische Aussagen, die sich auf den jüdischen Staat Israel beziehen, etwa indem sie diesem die Legitimität absprechen, der Erscheinungsform israelbezogener Antisemitismus zugeordnet.<sup>22</sup> Bei dieser Erscheinungsform von Antisemitismus gibt es häufig öffentliche Debatten darüber, ob es sich überhaupt um Antisemitismus handelt. Dabei werden antisemitische Äußerungen immer wieder als „Israelkritik“ bezeichnet, die nicht antisemitisch sei, während die Kritik am antisemitischen Gehalt in diesen Aussagen

---

21 Vgl. zur Definition der Erscheinungsformen z. B. Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 12.

22 Seit Projektbeginn ist eine operationalisierte und spezifizierte Version der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Association (IHRA) Grundlage der Arbeit der RIAS Meldestellen. Vgl. <https://report-antisemitism.de/bundesverband-rias> (11.11.2021).

als vermeintlich illegitimer „Antisemitismusvorwurf“ skandalisiert wird. So äußerten beispielsweise im Dezember 2020 Vertreter\_innen verschiedener Institutionen aus Kultur und Wissenschaft, die sich zur „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ zusammengeschlossen hatten, dass durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages die Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt sei. Der Bundestagsbeschluss hatte die Israelboykott-Bewegung BDS (Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) als antisemitisch bezeichnet. Auch bei diesem Beispiel kommt die beschriebene Perspektivdivergenz bezüglich der Wahrnehmung von Antisemitismus durch Jüdinnen\_Juden und die Mehrheitsgesellschaft zum Tragen: Bei einer Umfrage des UEA von 2017 hielten 83 % der befragten Jüdinnen\_Juden Boykottaufrufe nicht-jüdischer Menschen gegenüber Israel für antisemitisch.<sup>23</sup>

Auch in den Interviews benennen Befragte aus mehreren Bundesländern israelbezogenen Antisemitismus als Problem oder beschreiben antisemitische Vorfälle, die sich dieser Erscheinungsform zuordnen lassen. Dabei schreiben sie dem israelbezogenen Antisemitismus zugleich eine hohe Bedeutung für

---

23 Vgl. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestags: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.pdf> (23.11.2021), S. 105.

die Bestimmbarkeit des Ausmaßes von Antisemitismus insgesamt zu. Eine befragte Person aus Bayern etwa betrachtet israelbezogenen Antisemitismus als „Stimmungsbarometer“ für Antisemitismus in der Stadtgesellschaft im Allgemeinen.<sup>24</sup> Die Aussage lässt sich so verstehen: Wenn israelbezogener Antisemitismus in einer Stadtgesellschaft eine große Rolle spielt, muss davon ausgegangen werden, dass nicht lediglich ein antisemitisches Israelbild, sondern antisemitische Einstellungen insgesamt weit verbreitet sind. Denn der israelbezogene Antisemitismus biete aktuell die meisten Möglichkeiten zu sanktionslosen antisemitischen Artikulationen. Dieser Meinung sind beispielsweise fast alle Interviewten aus Nordrhein-Westfalen.<sup>25</sup> Eine Befragte aus Sachsen-Anhalt bezeichnet den israelbezogenen Antisemitismus zudem als „Einfallstor“ auch für andere Formen des Antisemitismus. Das kann so verstanden werden, dass israelbezogener Antisemitismus auch andere Erscheinungsformen plausibilisiert – also beispielsweise auch antisemitische Schuldabwehr, wenn Israel mit dem NS-Regime gleichgesetzt wird oder antijudaistische Stereotype, wenn Israelis als „Kindermörder“ bezeichnet werden.

---

24 Problembeschreibung Bayern, S. 26.

25 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 30.

In zahlreichen Interviews schildern befragte Jüdinnen\_Juden, wie ihnen israelbezogener Antisemitismus in ganz alltäglichen Situationen begegnet. In den zuvor erwähnten Debatten über „Israelkritik“ werden diese Erfahrungen von Jüdinnen\_Juden selten wahrgenommen. Eine interviewte Person aus Hessen schildert eine solche Situation:

**„Mein Zahnarzt [...] sagte mir einmal: ‚Es langt‘. Er bezog sich auf eine Rede vom damaligen Präsidenten des Zentralrats Dieter Graumann. Vor drei Jahren. Diese Demonstration in Deutschland, der letzte Gaza-Krieg. ‚Es langt, die Juden machen mit dem Holocaust eine Politik. Und es langt jetzt.‘ Da hatte ich mit ihm eine ganz heftige Diskussion. Da merkt man, wenn man früher gesagt hat, na ja, diese Unterbmittelten, die nicht so gute Ausbildung, nicht intelligent sind. Wenn sie diese antisemitischen Vorurteile haben sei das verständlich. Aber bei der Intelligenz.“<sup>26</sup>**

Für die betroffene Person war an dieser Situation vor allem der Kontext wichtig: Selbst Menschen mit einer hohen formellen Bildung und einem hohen sozioökonomischen Status – wie Ärzt\_innen – reproduzieren israelbezogenen Antisemitismus. Auch in einer so

---

26 Problembeschreibung Hessen, S. 22.

sensiblen, auf Vertrauen basierenden Interaktion wie einem Besuch beim Zahnarzt, sind Jüdinnen\_Juden mit israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert. Die Schilderung zeigt zudem, dass militärische Auseinandersetzungen Israels zum Anlass genommen werden, um Jüdinnen\_Juden in Deutschland zum einen mit Israel zu identifizieren und zum anderen „den Juden“ pauschal vorzuwerfen, sie würden die Schoa für ihre eigenen Interessen ausnutzen. In den geschilderten Aussagen sind also verschiedene inhaltliche Erscheinungsformen des Antisemitismus miteinander verbunden.

Eine befragte Person aus Hessen schildert ein weiteres Beispiel während einer Abschlussfeier an der Schule ihres Kindes. Zwei Schüler\_innen wurden für besonders gute Leistungen ausgezeichnet: ein Kind mit einem arabischen Namen und das Kind der befragten Person, das einen hebräischen Namen hat. Das habe, so die Schilderung „schon mal einige geärgert“. Weiter heißt es im Interview:

**„Und dann standen die Eltern danach noch rum und dann kam ein Vater auf mich zu und meinte: ‚[Hebräischer Name]‘ und so – und ob wir jüdisch seien. [...] Dann hat er angefangen zu erklären, warum wir Juden schon auch mit schuld seien am**

**Holocaust und dass wir zu viel drüber reden, also aus dem Nichts, und das ist halt bei der Schulfeier mit deinem Kind. Du hast halt wirklich überhaupt keinen Nerv auf so was. Ich weiß nicht, ich wollte halt drüber reden, wer geht jetzt auf welche Schule, welche Freundschaften kann man wie erhalten, das war mein Thema in der Situation. Und nicht, ob wir Juden Mitschuld haben am Holocaust, was sowieso absurd ist. Da bin ich regelrecht geflohen und bin rüber zu dieser Familie von dem [Kind mit dem arabischen Namen], die aber mich dann auch gleich begrüßt haben mit den neuesten Interventionen in Israel und was ich dazu sage. Das heißt, ich bin irgendwie von Regen in die Traufe gefallen und wir sind dann auch relativ früh gegangen, weil ich das Gefühl hatte, was soll ich hier jetzt eigentlich noch, das macht keinen Sinn.“<sup>27</sup>**

Die Schilderung verdeutlicht, wie Antisemitismus das Leben der Betroffenen in ganz unterschiedlichen Situationen einschränkt. Die befragte Person wird mit einer Relativierung der Schoa konfrontiert, mit Israel identifiziert sowie für die israelische Politik verantwortlich gemacht. Dadurch ist es ihr nicht mehr möglich, sich mit den eigentlich drängenden Fragen nach der

---

27 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S.29.

persönlichen und schulischen Zukunft ihres eigenen Kindes zu beschäftigen. Die Konfrontation mit israelbezogenem und anderen Formen des Antisemitismus steht dem im Wege.

In den zahlreichen Beschreibungen von Vorfällen mit Äußerungen des israelbezogenen Antisemitismus fällt auf, dass befragte Jüdinnen\_Juden in Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus vorrangig von hiermit verbundenen Formen des antisemitischen Otherings berichten. Damit ist das Fremd-Machen oder der Ausschluss von Jüdinnen\_Juden aus einem „Wir“, einer vorgestellten Gemeinschaft, etwa einem nationalen Kollektiv gemeint. Im Zusammenhang mit israelbezogenem Antisemitismus bedeutet das konkret, dass deutsche Jüdinnen\_Juden mit Israel identifiziert und für israelisches Handeln verantwortlich gemacht werden. Damit werden sie implizit zu Fremden gemacht. Diese Kombination aus israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering ist laut Befragten aus Nordrhein-Westfalen besonders häufig in Zeiten militärischer Auseinandersetzungen zwischen Israel und palästinensischen Gruppen. Eine Interviewte erzählt:

**„Man hat mich als Stellvertreter für den Staat Israel gesehen, als Stellvertreter für die Politik des Staates Israel und dabei vergessen, dass ich, bevor ich jüdisch bin oder bevor ich irgendwas anderes bin, ein Mensch bin.“<sup>28</sup>**

Antisemitisches Othering richtet sich nicht nur gegen Individuen, sondern auch gegen jüdische Institutionen. Eine befragte Person aus Nordrhein-Westfalen, die für eine jüdische Gemeinde arbeitet, beschreibt das Fremd-Machen deutscher jüdischer Einrichtungen folgendermaßen:

**„Jedes Mal muss ich erklären, dass wir eine deutsche Einrichtung, eine jüdisch-deutsche Einrichtung, keine israelische sind.“<sup>29</sup>**

Ähnliche Erfahrungen mit antisemitischem Othering teilten auch Befragte aus Sachsen, Bayern und Hessen. Eine interviewte Person aus Hessen erzählt, einem jüdischen Schulkind sei als Einzigem aus der Klasse von der Lehrkraft aufgetragen worden, einen Aufsatz über den Gaza-Konflikt zu schreiben. Als der\_die Schüler\_in fragte, warum ausgerechnet er\_sie dieses

---

28 Problembeschreibung Sachsen-Anhalt, S. 24.

29 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 28.

Thema bearbeiten müsse, konnte die Lehrkraft hierauf keine Antwort geben.<sup>30</sup>

Das antisemitische Othering tritt häufig in Verbindung mit antisemitischen Beschreibungen von Israel auf. Das ist etwa der Fall, wenn deutsche Jüdinnen\_Juden nicht bloß mit Israel identifiziert werden, sondern das Bild, das dabei von Israel gezeichnet wird, den jüdischen Staat auch noch dämonisiert. Von derartigen Dämonisierungen erzählen Befragte immer wieder. Ein\_e Vertreter\_in einer jüdischen Gemeinde in Bayern berichtet von einer Veranstaltung des interreligiösen Dialogs. Auf dieser wurde ihm\_ihr gegenüber behauptet, israelische Soldaten\_innen würden palästinensischen Babys den Bauch aufschlitzen. Eine interviewte Person aus Brandenburg erzählt, bei einem Vortrag in einer Kirche sei Israel als „Kinderfresser“ bezeichnet worden.

Die Interviews aus sämtlichen Bundesländern machen also deutlich, dass sich israelbezogener Antisemitismus nicht nur abstrakt gegen Israel richtet, sondern in alltäglichen Situationen gegen in Deutschland lebende Jüdinnen\_Juden. Die Schilderungen der Befragten zeigen dabei, dass israelbezogener Antisemitismus durchaus auch gewaltvolle Formen annehmen kann, wie in dieser Schilderung von einer Vernichtungsdrohung:

---

30 Problembeschreibung Hessen, S. 25f.

**„Ja und dann gibt es doch immer diese verrückten Menschen, die sagen, geh doch zurück nach Israel oder ich schicke dich in die Gaskammer oder so etwas.“<sup>31</sup>**

Es muss jedoch nicht bei der Androhung von Gewalt bleiben: Einer jüdischen Person, die sich in der Öffentlichkeit mehrfach dezidiert pro-israelisch geäußert hatte, wurden durch die Fenster ihrer Privatwohnung mehrere Bierflaschen geschmissen.<sup>32</sup>

Aus Sicht der Befragten ist israelbezogener Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich nicht auf ein bestimmtes politisches oder weltanschauliches Spektrum beschränken lässt. Diese Einschätzung deckt sich mit Ergebnissen aus der Einstellungsforschung. Diese ermittelt insbesondere für israelbezogenen Antisemitismus regelmäßig sehr hohe Zustimmungswerte quer durch sämtliche politische Milieus.<sup>33</sup> Wie Befragte einige dieser Spektren und Milieus in den Interviews schildern, wird im Folgenden dargestellt.

---

31 Problembeschreibung Sachsen-Anhalt, S. 26.

32 Ebd.

33 Vgl. Zick, Andreas/Küpper, Beate: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn 2021, <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2021> (24.11.2021), S. 185f.



**Politisch-  
Weltanschauliche  
Hintergründe**



Die antisemitischen Vorfälle in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld, von denen die Befragten in zahlreichen Interviews berichten, gehen von Zahnärzt\_innen, Lehrer\_innen oder Apotheker\_innen aus, von Bekannten oder Freund\_innen ebenso wie von Unbekannten.

**„Vorher die Frage, von welchen Gruppen kommt Antisemitismus. Ja, von welcher nicht? Das müsste ich jetzt mal überlegen, es geht nur um eine Relation.“<sup>34</sup>**

Demnach lässt sich Antisemitismus nicht auf bestimmte soziale Schichten oder Milieus beschränken. Um Antisemitismus politisch einordnen zu können, ist es jedoch wichtig, verschiedene Hintergründe antisemitischer Akteur\_innen zu unterscheiden. Daher erfassen die RIAS-Meldestellen bei antisemitischen Vorfällen nach Möglichkeit den jeweiligen politisch-weltanschaulichen Hintergrund.<sup>35</sup> Eine solche Zuordnung ist allerdings nur möglich, wenn sich der Hintergrund aus der Schilderung eines Vorfalls eindeutig ergibt, etwa aufgrund der antisemitischen Äußerungen oder des Kontextes des Vorfalls, beispielsweise bei bestimmten

---

34 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 35.

35 Vgl. Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2021, S. 18.

Demonstrationen. In den Interviews wurden die Interviewten gefragt, welche Milieus antisemitischer Akteur\_innen ihnen in ihrem Bundesland bekannt sind. Zudem hat der Bundesverband RIAS auch die im Rahmen der Interviews geschilderten antisemitischen Vorfälle nach Möglichkeit einem politisch-weltanschaulichen Milieu zugeordnet.

Antisemitismus ist in diesem Sinne ein gesamtgesellschaftliches Problem. In der öffentlichen Debatte über Antisemitismus kritisieren insbesondere politische Akteur\_innen vorwiegend jene Spektren, die ihnen weltanschaulich jeweils besonders fern sind: Antisemitismus ist immer der Antisemitismus der Anderen. Auch hier zeigt sich wieder die erwähnte Perspektivendivergenz: Ganz im Unterschied zu der hier beschriebenen Externalisierung von Antisemitismus, nehmen Jüdinnen\_Juden diesen in all seinen Formen in unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen Milieus wahr. Geht es um die „Relation“, also um konkrete Milieus, die Befragte als besonders bedrohlich wahrnehmen, so nennen diese in allen Bundesländern am häufigsten rechtsextreme Milieus. Eine befragte Person aus Sachsen-Anhalt antwortet auf die Frage, welche antisemitischen Akteur\_innen sie vorrangig wahrnehme:

**„Es sind immer noch Rechtsextreme, die hassen jüdische Menschen. Das ist ihr Grundgesetz sozusagen, jüdische Menschen zu hassen. Und das ist auch historisch geprägt.“<sup>36</sup>**

Mehrere Interviewte berichten von massiven Bedrohungen durch Rechtsextreme per Post und Telefon. Eine befragte Person weiß, dass sie auf einer sogenannten „Feindesliste“ einer rechtsterroristischen Gruppierung steht. Eine interviewte Person aus Sachsen schildert einen Angriff rechtsextremer Fußballfans im Zug: Der/die Betroffene las ein Buch über das Judentum, was die Rechtsextremen offenbar zum Anlass nahmen, gewalttätig zu werden.<sup>37</sup> In den Interviews aus Baden-Württemberg benennen Befragte wiederholt die Parteien „Die Rechte“ und „Alternative für Deutschland“ (AfD) als antisemitische Akteur\_innen. In Sachsen-Anhalt ist die AfD sogar die einzige Partei, die die Befragten als antisemitisch einordnen.

Neben Vorfällen aus rechtsextremen Spektren thematisieren die Befragten auch islamische oder islamistische Milieus. Zum Teil artikulieren die Interviewten eher ihre allgemeine Sorge vor islamisch

---

36 Problembeschreibung Sachsen-Anhalt, S. 27.

37 Problembeschreibung Sachsen, S. 28.

legitimiertem Antisemitismus, obwohl sie selbst keine entsprechenden Vorfälle aus ihrem eigenen Umfeld oder Bundesland kennen. Der Bundesverband RIAS erfasst einen islamisch/islamistischen Hintergrund bei antisemitischen Vorfällen, in denen es in irgendeiner Weise einen affirmativen Bezug auf den Islam gibt. Die Bezeichnung islamisch/islamistisch wurde so gewählt, um zu verdeutlichen, dass ein Bezug auf den Islam nicht gleichbedeutend mit einer etwaigen fundamentalistischen oder islamistischen Ausrichtung sein muss. Dies lässt sich auf Basis der gemeldeten Vorfälle in der Regel nicht aussagen. In öffentlichen Debatten hat die Thematisierung von Antisemitismus in islamischen oder islamistischen Milieus zuweilen einen instrumentellen Charakter. Sie dient mitunter dazu, diskriminierende Politiken und Rassismus gegen Geflüchtete oder Muslim\_innen zu legitimieren und Antisemitismus zu externalisieren. Anders als in diesen Debatten lassen sich aus Perspektive der Befragten unterschiedliche Spektren wie rechtsextreme oder islamisch/islamistische und die Gefahr, die von ihnen für Jüdinnen\_Juden ausgeht, hingegen nicht gegeneinander aufrechnen.

Konkrete Vorfälle, die Befragte schildern und einem islamischen/islamistischen Milieu zuordnen, ereignen sich häufig an Schulen. Laut Interviewten aus Hessen

äußerten als muslimisch wahrgenommene Schüler\_innen bei einem Synagogenbesuch Vernichtungsfantasien gegenüber Israel. Andere Befragte berichten von jüdischen Schüler\_innen, die nach schwerwiegenden Beleidigungen durch muslimische Mitschüler\_innen die Schule wechselten.<sup>38</sup> Eine befragte Person aus Sachsen erzählt:

**„Das war damals zwar in der Grundschule, es ist lange her und wir waren damals auch etwas kleiner. Und da hatte ich ein muslimisches Mädchen in der Klasse und da habe ich mich irgendwie mit ihr gestritten. Sie wusste als einzige in der Klasse, dass ich einen jüdischen Hintergrund habe. Und irgendwie hat sie dann erzählt, dass ihr Vater mal behauptet hat, er möchte am liebsten alle Juden umbringen. Also das war das Einzige, was mir mal passiert ist.“<sup>39</sup>**

Auch Interviewte aus Nordrhein-Westfalen berichten von antisemitischen Vorfällen aus islamischen/islamistischen Milieus vor allem aus Schulen. Eine befragte Person kommt zu folgender Einschätzung:

---

38 Vgl. Problembeschreibung Hessen, S. 24.

39 Problembeschreibung Sachsen, S. 29.

**„Also sagen wir so: Das, was virulent empfunden wird, Attacken, besonders auch in Schulen und bei jüngeren Menschen, die gehen fast ausschließlich von Muslimen aus.“<sup>40</sup>**

Nach dieser Einschätzung ereignet sich islamisch legitimer Antisemitismus – durchaus in Einklang mit den zuvor erwähnten Beschreibungen – vor allem von jungen Täter\_innen. Befragte schildern aber auch Vorfälle jenseits von Schulen. Eine interviewte Person aus Hessen erzählt von einem Vorfall, bei dem ein\_e Muslim\_a einen jüdischen Gottesdienst mit antisemitischen Parolen stört.<sup>41</sup> Bei einem anderen Vorfall wurde im Zusammenhang mit einer gezielten Sachbeschädigung am Gebäude einer jüdischen Gemeinde in Sachsen-Anhalt zur Unterstützung des iranischen Regimes aufgerufen.<sup>42</sup>

Neben Schilderungen konkreter antisemitischer Vorfälle assoziieren Befragte in einer Reihe von Interviews islamisch/islamistisch motivierten Antisemitismus sehr viel häufiger mit diffusen Milieus als mit konkreten Akteur\_innen. Die Befragten identifizieren islamisch/

---

40 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 28.

41 Vgl. Problembeschreibung Hessen, S. 24.

42 Problembeschreibung Sachsen-Anhalt, S. 28.

islamistische Akteur\_innen mit bestimmten migrantisches Milieus, insbesondere arabischen und türkischen. In diesem Zusammenhang betrachten einige Interviewte auch die seit 2015 gestiegene Zahl von Geflüchteten in Deutschland mit Sorge. Dies ergibt sich jedoch weniger aus konkreten Vorfällen vor Ort, sondern, wie die Befragung in Brandenburg nahe legt, speist sich vor allem aus der medialen Berichterstattung und Diskussion über die Themen Flucht, Migration und Integration.<sup>43</sup> Die Wahrnehmungen können damit auch als Teil von in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verbreiteten Debatten gesehen werden. Eine befragte Person aus Brandenburg beschreibt diese Einschätzung so:

**„[W]as wir lesen [...] und hören können ist, dass sich die Situation verschlechtert [hat]. [...] Aus welchem Grund? Weil, die Leute dort [Geflüchtete, Anm. d. Verf.] wurden mit Hass zu Israel [und] zum Juden erzogen. Und die bringen das mit nach Europa.“<sup>44</sup>**

Zum Teil gehen derartige Einschätzungen mit einer explizit solidarischen Haltung gegenüber Geflüchteten einher. So bietet eine befragte Person ehrenamtlich

---

43 Vgl. Problembeschreibung Brandenburg, S. 26.

44 Ebd.

Sprachkurse für arabische Geflüchtete an, verschweigt dabei aber aus Sorge vor antisemitischer Gewalt ihren jüdischen Hintergrund.<sup>45</sup> Auch von eigenen Erfahrungen mit Rassismus in Deutschland berichten Interviewte. Vor allem in Interviews aus Brandenburg lässt sich die Einstellung der Befragten identifizieren, sich ebenso wie die seit 2015 Geflüchteten als Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit in Deutschland zu verstehen. Eine befragte Person bringt dies auf den Punkt, als sie rechtsextreme Angriffe auf Geflüchtete in Chemnitz kommentiert:

**„Wir finden das schrecklich natürlich. Ich bin selbst Flüchtling.“<sup>46</sup>**

Hier und in anderen Interviews äußern Befragte ihre Sorge, dass sich die Mobilisierung rassistischer Ressentiments auch gegen andere Minderheiten richten könnte, darunter auch Jüdinnen\_Juden.

Konkrete antisemitische Akteur\_innen aus islamischen oder islamistischen Milieus nennen Befragte nur vereinzelt. So erwähnen beispielsweise Interviewte aus Nordrhein-Westfalen salafistische Organisationen oder Gruppen, die der islamistischen Hisbollah nahestehen.

---

45 Ebd.

46 Problembeschreibung Brandenburg, S. 27.

Mitunter wird auch auf Organisationen verwiesen, die mit der islamischen Republik Iran verbunden sind. Dies geschieht vor allem im Zusammenhang mit dem sogenannten Al-Quds-Tag, einem internationalen islamistischen Kampagnentag, bei dem zur Vernichtung Israels aufgerufen wird.<sup>47</sup> In Berlin, aber vereinzelt auch in anderen deutschen Städten, finden an diesem Tag regelmäßig antisemitische Demonstrationen statt.

Insgesamt werden antisemitische Akteur\_innen aus islamischen oder islamistischen Milieus in einem relevanten Teil der Interviews als Problem wahrgenommen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie besonders herausgestellt würden. Vielmehr ist islamisch legitimer Antisemitismus aus Sicht vieler Befragte nur einer von vielen Aspekten der leider alltäglichen und selbstverständlichen Erfahrung mit Antisemitismus in Deutschland. Ein Beispiel für eine derartige Kontextualisierung von Antisemitismus aus unterschiedlichen politischen oder weltanschaulichen Milieus ist die folgende Schilderung einer befragten Person aus Baden-Württemberg, die von ihrem interreligiösen Engagement im Rahmen eines begehbaren Adventskalenders berichtet:

---

47 Vgl. Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 28.

**„Und dann hatte ich gedacht, ich mache mal ein Chanukka-Fenster, biete einfach an, dass die Leute einen Abend hierherkommen und wir erzählen ein bisschen was über Chanukka. Und das hat auch geklappt, die Leute kamen auch, waren teilweise auch sehr interessiert [...]. [Da] waren auch religiöse Leute, die zu mir kamen: Ja, warum wir denn diesen rachsüchtigen Gott, warum wir den nicht verlassen wollen und nicht Christen werden wollen? [...] Wo ich dann auch dachte, ja irgendwie, wir haben die Nazis, die uns hassen, wir haben die Linken, die uns hassen, wir haben die Islamisten, die uns hassen, und wenn dann noch so ein paar Christen kommen und uns erklären, wir müssten jetzt unseren rachsüchtigen Gott überwinden, wo ich eigentlich gerade dabei war, zu versuchen, einen Kontakt herzustellen, dann ist es einfach wahnsinnig deprimierend.“<sup>48</sup>**

Christlicher Antisemitismus wird hier als Teil ganz verschiedener weltanschaulicher Motivationen gefasst, die gemeinsam für die befragte Person die Vielschichtigkeit von Antisemitismus ausmachen. Antisemitismus von Islamist\_innen begreift sie als eine Spielart von vielen.

Die zuletzt zitierte Beschreibung ist aber auch ein Beispiel für das Bemühen eines\_einer jüdischen Befragten,

---

48 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 35.

mit der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft über Aspekte des Judentums in einen Dialog zu kommen, der nicht von Antisemitismus geprägt ist. Ähnliche Versuche von Jüdinnen\_Juden, mit der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft in Kontakt zu treten, schildern die Befragten immer wieder. Sie sind ein Teil ihres Umgangs mit Antisemitismus. Um diesen soll es im kommenden Abschnitt gehen.

# Individuelle Umgangsweisen

W

Es ist wichtig, Jüdinnen\_Juden nicht lediglich als passiv Betroffene von Antisemitismus wahrzunehmen. In den Interviews schildern die Befragten immer wieder auch konfrontative und kreative Umgangsweisen von Jüdinnen\_Juden mit antisemitischen Anfeindungen. Betroffene entwickeln gezwungenermaßen Kompetenzen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Um mehr über diese Erfahrungen und dieses Wissen zu erfahren, zielt ein zentraler Fragenkomplex in allen durchgeführten Interviews auf den individuellen Umgang mit antisemitischen Vorfällen.

Dabei beschreibt die überwiegende Mehrheit der Befragten in verschiedenen Bundesländern ähnliche Verhaltensweisen im Umgang mit Antisemitismus. Zum Teil formulieren die Interviewten diese Umgangsweisen explizit, zum Teil lassen sich diese aus ihren Erzählungen rekonstruieren.

So sagen viele Befragte, dass sie es aus Sorge vor antisemitischen Vorfällen vermeiden, in der Öffentlichkeit als jüdisch erkennbar zu sein:

**„Man muss sich dem ja auch nicht aussetzen. Wenn ich jetzt in die Stadt fahren würde, mit einer Kippa, nö, würde ich mich nicht trauen. Sage ich dir ganz ehrlich.“<sup>49</sup>**

Diese Vermeidung von Sichtbarkeit hat vielfältige Formen. Eine befragte Person aus Baden-Württemberg berichtet beispielsweise:

**„In den letzten drei Wochen sind zwölf Mitglieder meiner Gemeinde zu mir gekommen. Ich gehe davon aus, in anderen Gemeinden ist es ähnlich. Sie haben darum gebeten, keine Briefe mehr von der Gemeinde zu bekommen. Und warum? Weil auf unserem Kuvert ein Davidstern drauf ist. Und sie wollen nicht als Juden erkannt werden. Sie haben Angst. Und ich verstehe diese Angst auch.“<sup>50</sup>**

Andere Beispiele für die Strategie, die eigene Erkennbarkeit als Jüdin\_Jude in der Öffentlichkeit zu reduzieren, sind das Verstecken von Davidstern-Anhängern, die Geheimhaltung von Gottesdienstzeiten oder das Verschweigen der eigenen Konfession am Arbeitsplatz. Auch Kinder werden, so schildern es beispielsweise

---

49 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 38.

50 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 42.

Befragte aus Baden-Württemberg, in der Schule nicht zum jüdischen Religionsunterricht angemeldet, um eine Erwähnung der Religionszugehörigkeit im Zeugnis zu vermeiden. Insbesondere nach dem Terroranschlag in Halle berichten Befragte, dass Mitglieder den jüdischen Gemeinden aus Angst vor antisemitischer Gewalt fernblieben – vor allem wenn es keine ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen gab. Vereinzelt führt die Vermeidung von Sichtbarkeit auch zu einem generellen Rückzug aus der (politischen) Öffentlichkeit, wie bei diesem\_r Vertreter\_in einer jüdischen Gemeinde:

**„Bis heute leben wir ganz ruhig, wir haben keine Fälle. Deshalb möchten wir nicht an der Politik teilnehmen.“<sup>51</sup>**

Andere Interviewte berichten hingegen davon, dass Jüdinnen\_Juden nach antisemitischen Vorfällen ihre jüdische Identität erst recht zeigen. Die unterschiedlichen Umgangsweisen können innerhalb der jüdischen Communities zu Konflikten führen, wie das folgende Zitat einer befragten Person aus Baden-Württemberg zeigt:

---

51 Problembeschreibung Brandenburg, S. 30.

**„Man kann [...] seine Zugehörigkeit demonstrieren. Wenn man sich im Rahmen des Klugen bewegt. Ich weiß, dass es solche coolen junge Leute gibt, die so goldene Davidsterne tragen mit offenem Hemd auf so einer Kette. Oder Frauen, die einen Davidstern tragen in Ohrringen oder andere Symbole des Judentums, einschließlich der Kippa. [...] Aber, wenn ich nach Berlin fahre, dann ziehe ich ein Käppi über die Kippa an. Weil dies Ärger hervorrufen kann bei anderen Menschen. Warum sollte ich andere Leute ärgern. [...] Ich kann spazieren gehen in dem Anblick. Aber ich finde nicht, dass man das täglich tun muss.“<sup>52</sup>**

Das Zeigen jüdischer Symbole in der Öffentlichkeit beschreibt die Person hier nahezu als Tragen modischer Accessoires, als Zeichen von Coolness, das sie vor allem bei „jungen Leuten“ verortet. Es liegt nahe, dass sie dieses Verhalten eher kritisch bewertet. Hier deutet sich eine Interpretation an, die viele Befragte teilen: Die Vermeidung von Sichtbarkeit wird als eine Frage des Alters bzw. der Generation verstanden. Im obigen Zitat beschreibt die befragte Person das sichtbare Tragen jüdischer Symbole als geeignet, um „Ärger“ hervorzurufen, was es zu vermeiden gelte. Noch deutlicher formuliert dies ein\_e Interviewte\_r aus Baden-Württemberg:

---

52 Ebd.

**„Ich habe in der Hinsicht keine so gravierenden Erfahrungen gemacht. Ich gehe dem auch aus dem Weg. Wenn ich merke, das sind nicht meine Leute, dann gehe ich da auch nicht hin. Provoziere ich auch nicht. Oder wenn ich sehe, die gucken so komisch und so, dann gehe ich da weg. Aber das hat ja nun nichts mit Jüdischkeit zu tun, das kann ja auch was ganz anderes sein.“<sup>53</sup>**

Auffällig ist, dass die Befragten in den beiden zuletzt zitierten Aussagen die konflikthafteren Situationen, denen es aus dem Weg zu gehen gelte, überhaupt nicht als antisemitisch bezeichnen. Vielmehr scheinen sie selbst ein Bekenntnis zum Judentum in der Öffentlichkeit als Provokation zu empfinden, die es zu vermeiden gilt. Damit übernehmen sie nahezu die mehrheitsgesellschaftlichen Rationalisierungen von Antisemitismus. Die Auseinandersetzung darüber, wie sehr Jüdinnen\_Juden ihre jüdische Identität in der Öffentlichkeit zeigen sollten, spielt sich, wie die Interviews zeigen, zum Teil im engsten Familienkreis ab. Eine befragte Person aus Hessen erzählt, ihrem Sohn einmal nahegelegt zu haben, nicht mit einem bestimmten Rucksack in die Innenstadt zu fahren. Auf diesem ist das

---

53 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 43.

Logo eines lokalen jüdischen Sportvereins gut sichtbar.  
Die Person berichtet:

**„Das war so voll unterbewusst von mir. Und dann meinte er so zu mir: ‚Also es tut mir ehrlich gesagt echt leid, aber ich stehe dazu, dass ich Jude bin und dann ist mir das auch scheißegal‘. Sage ich: ‚Na ja, jetzt da in die Stadt und du bist 13‘. Und dann hatte ich einen Riesenkonflikt mit ihm, wo ich eigentlich danach dachte: Er hat völlig recht. Er hat dann zu mir gesagt: ‚Wenn Du nicht möchtest, dann lass uns woanders hinziehen. Würde ich hier nicht leben. Also wenn ich hier nicht einfach so sein darf wie ich bin, und Angst haben muss, dann will ich hier nicht sein.‘ Und das fand ich eigentlich richtig, ja.“<sup>54</sup>**

Die Passage verdeutlicht Verschiedenes: Zunächst richtet die befragte Person ihren Wunsch an den Sohn, sich nicht öffentlich als Jude zu erkennen zu geben. Dies geschieht „unterbewusst“, wie sie selbst sagt. Das könnte darauf hinweisen, dass derartige Verhaltensweisen zur alltäglichen Routine der Person gehören oder dass sie zumindest in der konkreten Situation einer bewussten Entscheidung entzogen waren. Dass es bei der Frage um die eigene Erkennbarkeit durchaus um die eigene Identität als Jüdin\_Jude geht, zeigt

---

54 Problembeschreibung Hessen, S. 30.

die Antwort des Sohnes, der so sein will, wie er ist und keine Angst haben will. Insgesamt zeigt die Erzählung wie konflikthaft das Verhältnis von Sichtbarkeit und Sicherheit, Angst und Identität sein kann. Zum einen begibt sich die befragte Person in Konflikt mit ihrem Sohn, zum anderen aber auch mit sich selbst: „Eigentlich“ denkt sie, habe ihr Sohn „völlig recht“.

Eine weitere Umgangsweise mit Antisemitismus, die Interviewte regelmäßig schildern, ist das Weghören bei antisemitischen Äußerungen im eigenen Umfeld. Eine befragte Person aus Nordrhein-Westfalen führt aus:

**„Ach, wissen Sie, es gibt so viele Kleinigkeiten, die man im Prinzip dann auch wegtut. Weil, ich bin kein ängstlicher Typ, ich bin keiner, der anfängt, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen, ja? Und irgendwie so kleine, irgendwelche Beleidigungen oder sowas, die [...] vergesse ich auch.“<sup>55</sup>**

Auf die Frage nach antisemitischen Vorfällen, an die sie sich erinnere, nennt die befragte Person mehrere Situationen, die sie als „Kleinigkeiten“ oder „Mücken“ einordnet, die man schnell vergessen könne. Diese

---

55 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 37.

Einordnung kommt in den Interviews häufiger vor. Beispielhaft hierfür ist die Schilderung von einem Feuer auf dem Gelände einer jüdischen Gemeinde in Baden-Württemberg. Eine befragte Person beschreibt dieses mit den Worten, es sei ein „Papierchen angezündet“ worden. Eine andere interviewte Person meint, man könne in vielen Fällen nicht sagen, ob es sich um „Dummheit oder Antisemitismus“ handle. Auch antisemitische Bemerkungen gegenüber jüdischen Schüler\_innen werden damit erklärt, diese seien eben die einzige jüdische Person auf der Schule gewesen. Derartige Einordnungen wirken sehr zurückhaltend. Diese Zurückhaltung kann unterschiedlich motiviert sein: Jüdische Betroffene von Antisemitismus können verunsichert sein durch Debatten der Mehrheitsgesellschaft, was überhaupt als antisemitisch zu gelten habe. Oder sie versuchen in ihrem Alltag Konflikte eher zu vermeiden. Denkbar ist auch, dass die Befragten sich selbst nicht als Opfer antisemitischer Vorfälle verstehen wollen. Einige Interviewte reflektieren diese Art der Einordnung und die daraus resultierenden Umgangsweisen jedoch durchaus selbstkritisch:

**„Und wenn die Kinder kamen und irgendwas erzählt haben, haben wir gesagt: ‚Ja, jetzt beachtet das nicht. Das ist alles Blödsinn, die Leute wissen nicht, was sie reden.‘ Und wir hätten da wahrscheinlich auch schärfer dagegen vorgehen sollen, ja.“<sup>56</sup>**

Schließlich schildern die Befragten aber auch zahlreiche eher konfrontative Umgangsweisen mit antisemitischen Äußerungen. In vielen Interviews wird von diesen sogar am häufigsten und ausführlichsten berichtet. Interviewte erzählen, wie sie etwa Personen ansprechen, die antisemitische Flyer verteilen. Eine Person beschreibt, dass sie die Absender\_innen antisemitischer E-Mails an die jüdische Institution, bei der sie arbeitet, immer zum Gespräch einlädt – bisher sei aber noch niemand dieser Einladung gefolgt. Eine andere befragte Person schildert, dass sie sich stärker mit israelischer Politik und Geschichte befasst habe, um besser gewappnet zu sein für Gespräche, in denen sie als Jüdin\_Jude dazu gedrängt wird, israelische Politik zu rechtfertigen. Sie führt aus:

---

56 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 45.

**„Eigentlich ist es traurig, dass man als jüdische Person alles über Israel wissen muss. Warum eigentlich? Aber muss man irgendwie, weil solche Diskussionen immer stattfinden.“<sup>57</sup>**

Die zahlreichen Schilderungen von Interviewten legen nahe, dass es vor allem von situativen Faktoren abhängt, ob Jüdinnen/Juden auf antisemitische Vorfälle eher konfrontativ oder eher abwiegelnd reagieren. Das folgende Zitat einer befragten Person aus Baden-Württemberg veranschaulicht dies:

**„Und ich habe auch nichts gesagt, weil ich so Angst hatte um mein Kind. Während ich sonst, wenn ich verbal angegriffen werde, was auch schon vorgekommen ist, [...] mich eigentlich immer wehre. Das hört bei mir sofort auf, wenn ich meine Kinder dabei habe. [...] Die Angst, dass man verprügelt wird im Beisein der Kinder oder dass es irgendwie zu größerer Gewalt kommt oder jemand den Kindern was tut, die hemmt einen unheimlich. [...] Wenn Kinder dabei sind, bin ich immer auf Deeskalation aus.“<sup>58</sup>**

---

57 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 38.

58 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 43.

Neben situativen Faktoren beeinflussen auch biografische Umstände wie die eigene Familiengeschichte die Umgangsweisen der Befragten. So berichtet eine befragte Person von massiven antisemitischen Anfeindungen an ihrer Schule. Dort wurden ihr Hakenkreuze auf den Schultisch geritzt und Hitler-Reden vorgespielt. Zwar ging das hauptsächlich von wenigen Mitschüler\_innen aus, doch die anderen schwiegen dazu. Die befragte Person suchte schließlich das Gespräch mit der Schulleitung und forderte, dass der hauptverantwortliche Schüler die Schule verlassen muss:

**„Und dann habe ich gesagt, ich war da sehr selbstsicher: ‚Entweder ER oder Sie. Wenn Sie sich nicht darum kümmern, dann Sorge ich dafür, dass Sie hier bald nicht mehr sitzen.‘ Und damit bin ich raus, und der hat dann nichts gemacht. Ich [...] hab dann an dem Montag [die] Schule geschwänzt, habe meinen Eltern gesagt: ‚Ich habe Bauchweh.‘ Ich habe mich nicht getraut [ihnen davon zu erzählen]. Ich wusste, dass mein Opa im KZ gewesen ist, [...] alle meine Großeltern waren im KZ, drei haben damals noch gelebt. Wenn ich das denen erzähle, werden die an die Presse gehen, die hätten ALLES MÖGLICHE gemacht. Und ich wollte es selber schaffen. Ich wollte nicht, dass ich von der Schule gehen muss**

**wegen denen. Und habe dann am Montag einen Anruf bekommen von dem Direktor, meine Mutter ging ran, die wusste gar nichts von dem Ganzen, und er sagte, dass der Junge nicht mehr kommen wird.“<sup>59</sup>**

Die befragte Person setzt ihr eigenes, selbstsicheres und konfrontatives Vorgehen ins Verhältnis zur Geschichte ihrer Großeltern, die Überlebende der Schoa waren. Das lässt sich einerseits so interpretieren, dass sie den Großeltern eine neuerliche Konfrontation mit antisemitischen Vorfällen ersparen will. Andererseits lässt es sich so deuten, dass sie ihnen beweisen will, mit solchen Vorfällen selber fertig zu werden – in gewisser Weise ähnlich wie die Großeltern die KZ-Haft überstanden haben. Klar ist jedoch, dass die familiäre Geschichte das Handeln der befragten Person stark beeinflusst.

Auch Migration als biografisch-familiäre Erfahrung führen zahlreiche Befragte an, um unterschiedliche Umgangsweisen mit Antisemitismus zu erklären. So äußern Interviewte aus unterschiedlichen Bundesländern die Vermutung, dass Jüdinnen\_Juden aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion es aufgrund ihrer Erfahrungen mit staatlich institutionalisiertem Antisemitismus stärker vermeiden, als jüdisch erkennbar zu

---

59 Problembeschreibung Hessen, S. 31f.

sein, als Jüdinnen\_Juden aus Israel. Diese Vermeidung der Erkennbarkeit als Jüdinnen\_Juden ist jedoch nicht auf migrantisch-jüdische Communities beschränkt und wird auch als sich verstärkende Entwicklung wahrgenommen, wie folgende Schilderung aus Baden-Württemberg zeigt:

**„Dann gab es so eine Zeit, in der ich das Gefühl hatte, es herrscht etwas mehr Selbstsicherheit und man hat das [die eigene jüdische Identität, Anm. d. Verf.] eher freier gesagt. Und jetzt erlebe ich schon wieder so einen Rückzug, dass die Leute weniger gerne wollen, dass man weiß, dass sie jüdisch sind.“<sup>60</sup>**

Zu den individuellen Umgangsweisen mit antisemitischen Vorfällen gehört auch das Verhältnis zu den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft und damit die Frage, wie viel Hilfe oder Unterstützung man sich im Zweifelsfall von diesen erwartet. Das betrifft allem voran die Bereitschaft, antisemitische Vorfälle bei der Polizei anzuzeigen. Diese Anzeigebereitschaft behandelt der folgende Abschnitt.

---

60 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 42.

# Anzeigeverhalten



Anzeigen antisemitischer Vorfälle bei der Polizei sind nicht nur besonders relevant, weil sie staatlichen Akteur\_innen einen repressiven Umgang mit antisemitisch Handelnden ermöglichen, sondern auch, weil polizeiliche Statistiken die öffentliche Diskussion über Ausmaß und Qualität antisemitischer Straftaten mitprägen. Das durch die Statistiken generierte Wissen ist wiederum wichtig für staatliche Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus. Daher wird im Folgenden beschrieben wie Interviewte die Anzeigebereitschaft in ihrem (jüdischen) Umfeld wahrnehmen, wie sie ihre eigene Bereitschaft beschreiben und welche Gründe sie gegebenenfalls für das Unterlassen von Anzeigen anführen.

Viele Interviewte bewerten ihre Beziehung zur Polizei generell positiv. Allerdings schildern sie auch negative Erfahrungen. Diese betreffen, wie beispielhaft Interviews aus Nordrhein-Westfalen zeigen, vor allem drei Aspekte: Erstens mangelndes Wissen von Polizist\_innen über das Judentum, zweitens fehlende Kenntnis über Struktur und Wirkungsweise von Antisemitismus und drittens eine als „falsche Toleranz“ wahrgenommene Rücksicht gegenüber bestimmten antisemitischen

Akteur\_innen. Wissen über das Judentum und über Antisemitismus ist für die Arbeit der Polizei zum Teil unmittelbar relevant, etwa wenn es um die Kenntnis religiöser jüdischer Feiertage geht, an denen besonders viele Menschen Synagogen besuchen und ein konkretes Risiko für antisemitische Anschläge besteht. Diese Bedeutung verdeutlicht eine befragte Person aus Hessen:

**„Ich habe versucht der Polizei auch zu erklären, wenn jemand ‚Free Gaza‘ schreibt an der Bahnhoftsmauer ist mir das egal. Wenn er UNS als Jüdische Gemeinde aussucht, dann ist das Antisemitismus. [...] Und das haben die aber verstanden irgendwann.“<sup>61</sup>**

Vor diesem Hintergrund sind auch unterschiedliche Einschätzungen der Sicherheitslage zu verstehen, von denen Befragte aus mehreren Bundesländern berichten. Sie kritisieren etwa, dass die Polizei in der Vergangenheit trotz des expliziten Wunsches einer jüdischen Gemeinde bei diversen Anlässen keine Beamt\_innen vor der Synagoge postiert habe.

---

61 Problembeschreibung Hessen, S. 17.

Das mangelnde Wissen über Judentum und Antisemitismus lässt sich auch als fehlende Sensibilisierung für die jüdische Religion sowie für die Wahrnehmungen von jüdischen Communities auffassen. Der dritte Aspekt, die falsche Rücksicht gegenüber antisemitisch Handelnden, führt aus Sicht der Interviewten zu einer regelrechten Verharmlosung antisemitischer Handlungen und deren Urheber\_innen.<sup>62</sup> In vielen Interviews aus Hessen kritisieren Befragte beispielsweise den Umstand, dass die Polizei bei antiisraelischen Protesten 2014 den Demonstrierenden ihren eigenen Lautsprecherwagen zur Verfügung stellte, der dann zur weiteren Aufstachelung der Menge genutzt wurde.<sup>63</sup>

Das in den Interviews geschilderte Anzeigeverhalten muss vor dem Hintergrund der insgesamt positiven Bewertung der Beziehungen zwischen jüdischen Gemeinden und Polizei sowie der hier erwähnten Kritikpunkte betrachtet werden. In allen Bundesländern geben vereinzelt Befragte an, antisemitische Vorfälle nicht zur Anzeige zu bringen. Die Mehrheit der Befragten zeigt selbst antisemitische Straftaten regelmäßig an. Zugleich gibt es aber viele Schilderungen von Vorfällen, bei denen die Polizei nicht informiert wurde, obwohl von einer strafrechtlichen Relevanz der Taten

---

62 Vgl. Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 23.

63 Vgl. Problembeschreibung Hessen, S. 16.

auszugehen war. Einige Interviewte aus Nordrhein-Westfalen schätzen, dass mehr als die Hälfte der Jüdinnen\_Juden aus ihrem Umfeld antisemitische Vorfälle nicht zur Anzeige bringt. Viele Befragte gehen davon aus, dass es bei antisemitischen Straftaten eine erhebliche Dunkelziffer gibt.

Warum aber verzichten Betroffene auf eine polizeiliche Anzeige? Die Interviewten nennen hierfür eine Vielzahl von Gründen. So seien Jüdinnen\_Juden schlicht zu häufig mit Antisemitismus konfrontiert, sodass permanente Anzeigen zu einer Überforderung führen würden. Man könne nicht „wegen jedem Pickel zur Polizei laufen“, bringt es eine befragte Person aus Hessen auf den Punkt.<sup>64</sup> Eine interviewte Person aus Nordrhein-Westfalen führt Gewöhnung als einen möglichen Grund an:

**„Ansonsten, ich glaube auch, wenn irgendwo ein Judenstern auf die Tür aufgemalt wird, dass die Leute das einfach abwischen und das auch nicht melden würden, die kämen nicht auf die Idee, also die sind damit quasi groß geworden.“<sup>65</sup>**

---

64 Ebd., S.27.

65 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 33.

Die Konfrontation mit Antisemitismus beschreibt die interviewte Person als eine biografische Konstante. Vereinzelt geben Befragte auch an, nur noch bei Gewalttaten die Polizei zu verständigen. Zu dem hier angedeuteten Gefühl der Überforderung angesichts der Vielzahl antisemitischer Vorfälle kommt noch der Eindruck, dass eine Anzeige keine Auswirkungen habe – oder wie es eine befragte Person formuliert:

**„Bringt was: Fragezeichen.“** [sic]<sup>66</sup>

Eine befragte Person aus Baden-Württemberg führt zur Ergebnislosigkeit von Anzeigen aus:

**„Also allein in den letzten zwei Jahren, ich würde sagen, wurden nicht weniger als zehn Anzeigen erstattet. Antisemitische Angriffe, verbal, beinahe körperlich. Verunreinigungen und Schmierereien. [...] Also verschiedene Dinge. ALLE Anzeigen sind bis jetzt ins Leere gelaufen. Entweder der Täter ist nicht zu ermitteln [...]. Oder sogar wegen mangelndem öffentlichen Interesse!“**<sup>67</sup>

---

66 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 48.

67 Ebd.

Die Unterlassung oder Einstellung einer strafrechtlichen Verfolgung antisemitischer Straftaten wegen vermeintlich mangelndem öffentlichen Interesse verstärkt – jenseits der möglicherweise konkreten juristischen Bewertung – verständlicherweise den geschilderten Eindruck der Befragten, von der Mehrheitsgesellschaft mit dem Antisemitismus alleingelassen zu werden. Dies löst bei Interviewten ein verbreitetes Gefühl der Resignation aus:

**„Und da geht man nicht zur Polizei, weil man denkt sich so: Was sollen die jetzt machen?“<sup>68</sup>**

Häufig beschreiben Befragte auch die von ihnen selbst empfundene oder in ihrem Umfeld beobachtete Angst, durch eine Strafanzeige oder ein eventuell folgendes Gerichtsverfahren die eigene Anonymität zu verlieren und so weitere antisemitische Angriffe zu riskieren. Einige befragte Vertreter\_innen jüdischer Gemeinden sorgen sich auch, durch ein solches Vorgehen andere Gemeindemitglieder zu verunsichern.

Weitere Gründe für den Verzicht auf polizeiliche Anzeigen, die die Interviewten nennen, sind in bestimmten Situationen Sprachbarrieren, mangelndes

---

68 Problembeschreibung Sachsen-Anhalt, S. 34.

Wissen, ob ein antisemitischer Vorfall überhaupt strafbar ist und die Angst vor möglichen Kosten. Aber auch allgemeines Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen benennen Befragte in mehreren Interviews als Problem, vor allem bei Jüdinnen\_Juden mit einer Migrationsgeschichte, aber auch bei älteren Betroffenen. Eine befragte Person schildert etwa eine Situation, in der jüdische Betroffene zu ihr kamen und von antisemitischen Vorfällen berichteten:

**„[A]ber wenn ich damit beginne aufzuzählen, was wir machen können [...]. Nee, nee, bitte nicht, keine Polizei. Bitte nicht. Bitte nicht. Die haben Angst. Und besonders Senioren. Die haben Angst.“<sup>69</sup>**

Zu der bereits erwähnten Resignation trägt laut einer Vielzahl von Schilderungen auch die Polizei regelmäßig selber bei, indem sie einen möglichen Ermittlungserfolg von vornherein infrage stellt. Eine interviewte Person aus Baden-Württemberg erzählt dazu:

**„Ich kann mich erinnern, dass wir mal ein Hakenkreuz an der Wohnungstür hatten. [...] Da haben wir dann die Polizei gerufen, weil ich das nicht einordnen konnte, woher das kommt. [...]**

---

69 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 35.

**Also die Polizei war auch sehr unwillig am Telefon. Ich sage halt: ‚Wir haben hier ein Hakenkreuz an der Tür, was machen wir?‘ [...] Und die meinten dann, das sei Abteilung Staatsschutz, da hätten sie nichts mit zu tun, ich soll mich dann an den Staatsschutz wenden. Aber sie sagen mir gleich, das sei dann eine größere Sache. Also die haben mich im Grunde fast abgehalten, da dann auch anzurufen.“<sup>70</sup>**

Auch andere Interviewte schildern negative Erfahrungen mit der Polizei. Eine Person aus Sachsen-Anhalt berichtet, sie sei nachts von der Polizei geweckt worden, da es einen Einbruch in das Gemeindehaus gegeben haben könne. Die befragte Person schloss den Beamt\_innen die Tür auf, aber diese forderten sie dann auf, als Erste das Gebäude zu betreten. Als die Person fragte, warum denn nicht der ebenfalls anwesende Polizeihund zuerst ins Haus geschickt würde, entgegnete ein Beamter, der Hund habe schließlich 10.000 Euro gekostet.<sup>71</sup>

---

70 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 49.

71 Unveröffentlichtes Transkript eines Interviews in Sachsen-Anhalt.

Einer Erstattung von Anzeigen bei antisemitischen Straftaten steht also eine Vielzahl an Gründen im Wege. Allerdings nennen einzelne Befragte als Motivation für die aufwändigen und oftmals zermürenden Anzeigen den Wunsch, dass antisemitische Vorfälle unabhängig vom Erfolg der Ermittlungen zumindest dokumentiert werden sollen. Damit werde ein realistischeres Bild vom Ausmaß des Antisemitismus gezeichnet. Dies könnte dazu beitragen, der mehrfach erwähnten Perspektiven-  
divergenz entgegenzuwirken sowie die Sicherheit von Jüdinnen\_Juden in Deutschland zu erhöhen. Auch diese Argumentation deutet darauf hin, dass einige Befragte bei antisemitischen Straftaten von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Einige Befragte sagen sogar explizit, dass nach ihrer Einschätzung der Öffentlichkeit nur ein Bruchteil der tatsächlichen Anzahl antisemitischer Straftaten und Vorfälle bekannt ist:

**„[Wir werden] staunen, wie groß das Ausmaß der Katastrophe ist. Momentan wissen wir es nicht. Es sind meistens diese Dunkelziffern von Taten, die von den Strafbehörden nicht direkt als antisemitische Taten gezählt werden.“<sup>72</sup>**

---

72 Problembeschreibung Nordrhein-Westfalen, S. 34.

Das Zitat führt die hohe Dunkelziffer auch auf die Zählweise der Strafverfolgungsbehörden zurück. Eine verzerrende statistische Erfassung antisemitischer Straftaten gehört zu den Kritikpunkten, die Interviewte als Gründe dafür anführen, weshalb jüdische Betroffene auf eine Anzeige verzichten. Sie kritisieren, dass antisemitische Straftaten in den entsprechenden Statistiken der Polizei entweder gar nicht auftauchen oder falschen politischen Milieus zugeordnet werden. Dabei berichtet die Mehrheit der Befragten von positiven Beziehungen zur Polizei. Zur Einordnung dieser positiven Einschätzung ist jedoch zu sagen, dass es sich bei der Mehrheit der Befragten um Vertreter\_innen jüdischer Gemeinden oder Institutionen handelt. Diese pflegen oftmals in ihrer Funktion regelmäßigen Kontakt zur Polizei. Es ist zu vermuten, dass das in die generell positive Bewertung der Befragten mit einfließt. Allgemein wird kritisiert, dass die Polizei keine ausreichenden Ressourcen habe und auch jüdische Gemeinden keine Unterstützung bei der Finanzierung notwendiger Sicherheitsmaßnahmen erhielten. Einzelne kritisieren auch grundsätzlich, dass man sich als jüdische Gemeinde oder Institution überhaupt selbst mit Sicherheitsfragen auseinandersetzen müsse:

**„Ich meine die Tatsache, dass wir als jüdische Gemeinde überhaupt einen Sicherheitsbeauftragten haben, finde ich nicht in Ordnung. Es ist eigentlich die Aufgabe der Polizei und der Stadt zu schauen, dass jeder Bürger seine Sicherheit bekommt. Und wenn die Sicherheitsmaßnahmen bedeuten, ein Polizist vor der Haustür, dann soll es sein. Und wenn die Sicherheitsmaßnahmen bedeuten, braucht man nicht, dann braucht man das nicht. Irgendwie läuft das Ganze meiner Meinung nach total falsch. Wieso sollte eine jüdische Gemeinde überhaupt für die eigene Sicherheit sorgen?“<sup>73</sup>**

Diese Äußerung deutet einmal mehr auf sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Antisemitismus hin, die ihren Ausdruck in der genannten Perspektiven-divergenz finden: Jüdinnen\_Juden sind tagtäglich gezwungen, sich infolge von Antisemitismus mit Fragen der eigenen Sicherheit zu beschäftigen. Für Jüdinnen\_Juden in Deutschland ist dies traurige Normalität, für die Mehrheitsgesellschaft jedoch nicht.

---

73 Problembeschreibung Baden-Württemberg, S. 51.

# Fazit



Die Befragungen von über 150 Jüdinnen\_Juden sowie Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft aus Hessen, Bayern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg bestätigen den Eindruck, dass Jüdinnen\_Juden spezifische Perspektiven auf das Problem Antisemitismus haben und das sich diese zuweilen stark von der Wahrnehmung der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft unterscheiden.

Diese Perspektivendivergenz wird auf sehr vielfältige Weise deutlich: Im Unterschied zur Mehrheitsgesellschaft rechneten die Interviewten durchaus schon vor dem Herbst 2019 mit extremer antisemitischer Gewalt und waren dementsprechend von dem rechtsextremen Terroranschlag in Halle nicht überrascht. Auch verorten die Befragten anders als weite Teile der nicht-jüdischen Bevölkerung Antisemitismus nicht bloß als abgrenzbares Randphänomen, das beispielsweise bei bestimmten Demonstrationen auftritt. Vielmehr sind sie in alltäglichen Situationen mit antisemitisch Handelnden konfrontiert, selbst im eigenen Wohnumfeld. Bestimmte inhaltliche Erscheinungsformen des Antisemitismus, wie der israelbezogene

Antisemitismus, sind für die Interviewten nicht bloß theoretische Debatten über Politik oder die Grenzen der Meinungsfreiheit. Stattdessen erleben Jüdinnen\_Juden israelbezogenen Antisemitismus als direkten Angriff auf ihre eigene Identität. Die unterschiedlichen politischen oder weltanschaulichen Hintergründe antisemitischer Akteur\_innen nehmen die Befragten als Zeichen für die Vielschichtigkeit von Antisemitismus wahr. Die in Deutschland weitverbreitete Tendenz zur Instrumentalisierung und Externalisierung des Antisemitismus in bestimmte Milieus teilen sie nicht. Vielmehr ist beispielsweise Antisemitismus aus rechtsextremen oder islamisch/islamistischen Spektren Teil ihrer Wahrnehmung von Antisemitismus insgesamt. Auch sehen sich die Interviewten nicht als passiv vom Antisemitismus Betroffene, was sich an vielfältigen Umgangsweisen von Jüdinnen\_Juden mit Antisemitismus zeigt. Nicht zuletzt sind Jüdinnen\_Juden in Deutschland – im Unterschied zu den meisten Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft – gezwungen, sich häufig mit Fragen ihrer individuellen Sicherheit zu beschäftigen, und zwar ohne die Sicherheit der Unterstützung durch eine ausreichend sensibilisierte und engagierte Polizei.

Die Analyse, der zwischen 2017 und 2020 geführten Interviews zeigt, bei allen Unterschiedlichkeiten auffallend übereinstimmende Wahrnehmungen: Antisemitismus ist für Jüdinnen\_Juden in Deutschland ein alltagsprägendes Phänomen. Er begegnet ihnen in alltäglichen Situationen, in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld ebenso wie an anderen Orten, die sie in ihrem Alltag nicht vermeiden können. Die ständige Konfrontation mit antisemitischen Akteur\_innen verhindert für viele Befragte unbeschwerte persönliche, familiäre oder freundschaftliche Erlebnisse. Die unterschiedlichen Umgangsweisen mit antisemitischen Vorfällen, die die Befragten skizzieren, machen eindrücklich deutlich, dass der alltagsprägende Charakter des Antisemitismus auch zu Konflikten unter Jüdinnen\_Juden führt – beispielsweise im Familienkreis oder unter Freund\_innen. Von Antisemitismus Betroffene müssen tagtäglich eine Abwägung treffen zwischen einem Bekenntnis zu ihrer jeweiligen jüdischen Identität einerseits und einer Umgangsweise, die das Risiko antisemitischer Vorfälle minimiert, andererseits. Das geht mitunter so weit, dass Befragte ein allzu offenes Bekenntnis zu ihrer Konfession und Kultur als Provokation für Angehörige der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft empfinden. Auch das Agieren von Polizei und Justiz trägt zu dieser Empfindung bei.

So wird die Notwendigkeit deutlich, auch in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit jüdischen Perspektiven auf das vielschichtige Problem Antisemitismus systematisch mehr Gehör zu schenken. Dies ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Jüdinnen\_ Juden in Deutschland ohne Angst verschieden sein können.





# Impressum

## Herausgeber

Bundesverband der  
Recherche- und Informationsstellen  
Antisemitismus e. V.  
(Bundesverband RIAS)

Gleimstraße 31, 10437 Berlin  
Telefon: 030 817 985 818  
presse@rias-bund.de

## V.i.S.d.P.

Benjamin Steinitz,  
Geschäftsführer des  
Bundesverbands RIAS

## Redaktion

Daniel Poensgen  
Marco Siegmund  
Benjamin Steinitz  
Dora Streibl

## Layout und Grafik

Björn Renkewitz  
Gegenfeuer

## Lektorat

Dr. Lars Breuer

## Haftungsausschluss

Die Informationen in dieser Publikation wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber keine Gewähr. Die Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Für diese Inhalte übernehmen wir daher keine Gewähr.

Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter\_in oder Betreiber\_in verantwortlich. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMI, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\_innen die Verantwortung.

## Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2021 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgebenden behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

## Gender\_Gap

In dieser Publikation wird der Gender\_Gap benutzt, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.



**Bundesverband RIAS e.V.**  
Bundesverband der Recherche- und  
Informationsstellen Antisemitismus

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und  
Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über die  
Meldeseite **[www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de)** mitteilen.

Bundesverband RIAS e. V. im Internet:

[www.report-antisemitism.de](http://www.report-antisemitism.de)

[instagram.com/riasbundesverband](https://www.instagram.com/riasbundesverband)

[facebook.com/BundesverbandRIAS](https://www.facebook.com/BundesverbandRIAS)

[twitter.com/Report\\_Antisem](https://twitter.com/Report_Antisem)

[youtube.com/@riasbundesverband](https://www.youtube.com/@riasbundesverband)

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung  
für jüdisches Leben und  
den Kampf gegen Antisemitismus



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Migration, Flüchtlinge und  
Integration

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demokratie **leben!**